

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – August 2012

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
Aktueller Stand der COFACE-Kampagne zum Europäischen Jahr 2014	2
COFACE nimmt weiterhin am Bündnis für ein kindersicheres Internet teil	2
COFACE überreicht Antworten zur Konsultation "Nutzung des Potenzials von personenbezogenen Dienstleistungen und Dienstleistungen im Haushalt" an die Kommission	2
Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission	3
Kommission stellt Frankreichs Umgang mit Roma unter Beobachtung	3
Kommission stimmt Verlängerung der Gespräche über Arbeitszeit zu	3
Studie: Dimension des Alterns in der EU	3
Große Beteiligung an der Bürgerbefragung zur Zukunft Europas	4
Weitere Nachrichten	4
Korrektur zur Mitteilung über Straßenverkehrssicherheit	4
Bevorstehende Veranstaltungen	5

Neuigkeiten aus der COFACE

Aktueller Stand der COFACE-Kampagne zum Europäischen Jahr 2014

Am 5. Juli kamen verschiedene Organisationen auf europäischer Ebene zusammen, um die COFACE-Initiative für ein Europäisches Jahr für die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben 2014 zu diskutieren. Dabei wurde eine informelle Gruppe eingerichtet, die die Kampagne weiter gemeinsam betreiben wird. Die Initiative erhält große Unterstützung von Europäischen Netzwerken und weiteren NGOs.

- [Blog zur COFACE-Kampagne zum Europäischen Jahr 2014 \(englisch\)](#)

COFACE nimmt weiterhin am Bündnis für ein kindersicheres Internet teil

Aus dem im Juli von der Europäischen Kommission veröffentlichten Halbzeitbericht des Bündnisses für ein kindersicheres Internet hat die COFACE drei Aktionsbereiche herausgefiltert, auf die sie sich im Weiteren konzentrieren wird: altersentsprechende Privatsphäre-Einstellungen, ein breiterer Gebrauch der Einteilung von Online-Inhalten sowie eine breitere Verfügbarkeit von Kontrollinstrumenten für Eltern. Zum Thema Kontrollinstrumente für Eltern nimmt die COFACE auch am SIP-Bench II Projekt teil, das Eltern dazu ermutigen soll, verfügbare Kontrollinstrumente zu benutzen. Die COFACE wird zudem weiter am Bündnis für ein kindersicheres Internet teilnehmen und dabei die Interessen von Eltern und Kindern vertreten, um Kindern eine optimale Online-Erfahrung zu ermöglichen.

- [Informationen zum Bündnis für kindersicheres Internet \(englisch\)](#)
- [Informationen zum SIP-Bench II Projekt \(englisch\)](#)

COFACE überreicht Antworten zur Konsultation "Nutzung des Potenzials von personenbezogenen Dienstleistungen und Dienstleistungen im Haushalt" an die Kommission

In ihren Antworten auf die Fragen im Grünbuch begrüßt die COFACE die Einbeziehung relevanter Themen, wie die Achtung von Pflege und Pflegenden, die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben sowie die allgemeine, in Familien geleistete Arbeit. Die COFACE unterstreicht in ihren Antworten fünf Elemente, die besonders beachtet werden müssen: Geschlechtergleichheit, Wahlmöglichkeiten für pflegende Familienangehörige, Koordinierung zwischen familiären und professionellen Pflegenden, Anerkennung des Status von pflegenden Familienangehörigen sowie die Anerkennung ihrer erworbenen Fähigkeiten.

- [Grünbuch der Europäischen Kommission zur « Nutzung des Potenzials von personenbezogenen Dienstleistungen und Dienstleistungen im Haushalt » \(englisch\)](#)

Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission

Kommission stellt Frankreichs Umgang mit Roma unter Beobachtung

Nachdem der französische Innenminister Manuel Vall die Präfekten angewiesen hat, Roma-Lager zu räumen, sobald die französischen Justizbehörden die nötigen Beschlüsse gefasst haben, hat die Kommission Frankreichs Roma-Politik unter Beobachtung gestellt. Damit will sie sicherstellen, dass die Behandlung der Roma, z.B. bei der Auflösung von Lagern, die vielen Romafamilien eine Heimat bieten, den geltenden rechtlichen Regelungen entsprechen. Laut Schätzungen der Hilfsorganisation Médecins du Monde leben rund 15.000 Roma in Frankreich. Mit dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien wird ihnen der Grenzübergang nach Frankreich nicht mehr verweigert, jedoch erhalten sie aufgrund einer bis Ende 2013 geltenden Übergangsregelung keine Arbeitserlaubnis. Freiwillig nach Bulgarien oder Rumänien ausreisenden Roma zahlt Frankreich eine „humanitäre Rückkehrhilfe“ in der Höhe von 300 Euro pro Erwachsenen bzw. 150 Euro pro Kind.

Im Mai hatte die Kommission die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, ihre nationalen Strategien zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Integration von Roma umzusetzen. Sie forderte, dass insbesondere mehr Mittel für die Integration von Roma bereitgestellt und Diskriminierung und Segregation bekämpft werden müssten. Auch für die COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) ist der menschenwürdige Umgang mit Romafamilien ein wichtiges Thema.

- [Hintergrundmemo zur Roma-Strategie der Europäischen Union \(englisch\)](#)
- [COFACE-Positionspapier zur Romafamilien \(englisch\)](#) 

Kommission stimmt Verlängerung der Gespräche über Arbeitszeit zu

Die Verhandlungen zur Überarbeitung und Aktualisierung des EU-Arbeitszeitrechts (dessen derzeit geltende Gesetzgebung aus dem Jahr 2003 stammt) wurden bis Ende des Jahres 2012 verlängert. Das neue Arbeitszeitrecht soll den Veränderungen der Arbeitswelt im 21. Jahrhundert Rechnung tragen. Die Verhandlungen führen wichtige Sozialpartner wie: BusinessEurope, UEAPME und der Europäische Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft (CEEP) auf Arbeitgeberseite sowie der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) auf Arbeitnehmerseite. Sie hätten die Verhandlungen bereits Ende August 2012 abschließen sollen, aufgrund des guten, jedoch noch nicht abgeschlossenen Verhandlungsstands hat die Kommission nun einer Verlängerung zugestimmt. Die Ergebnisse der Verhandlungen sollen von der Kommission als Richtlinienentwurf dem EU-Ministerrat vorlegen. Unter die EU-Arbeitszeitrichtlinie fallen eine Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit, Mindestruhezeiten, bezahlter Jahresurlaub, Schutz bei Nachtarbeit sowie die flexible Berechnung der Wochenarbeitszeit.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zu Verhandlungen über die Arbeitszeit \(englisch\)](#)

Studie: Dimension des Alterns in der EU

Aus den Untersuchungen im Rahmen des mit EU-Mitteln finanzierten LEPAS-Projekts (Long-run Economic Perspectives on an Ageing Society, dt.: langfristige wirtschaftliche Perspektiven einer alternden Gesellschaft) geht hervor, dass Europas Bevölkerung stärker altert als je zuvor. Etwa 25 % der EU-Population würden bis zum Jahr 2030 älter als 65 Jahre sein und bis 2050 die Zahl der EU-Bevölkerung über 65 Jahre auf das Doppelte der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 – 64 Jahre) steigen. Damit würde Europas Bevölkerung schneller als die der anderen Kontinente altern und sei wirtschaftlich in dieser Form nicht

aufrechtzuerhalten. Da zwar die Lebenserwartung jedoch nicht das Rentenalter gestiegen sei, würden mehr Menschen Zeit im Rentenalter verbringen, womit der Druck auf die Rentensysteme erhöht würde.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum LEPAS-Projekt \(englisch\)](#)

Große Beteiligung an der Bürgerbefragung zur Zukunft Europas

Am 9. Mai hat die Kommission ihre bisher größte Bürgerbefragung zur Zukunft Europas und zu den Rechten der Unionsbürger/innen gestartet (siehe [AGF Europa News vom Mai 2012](#)). An der Online-Konsultation haben sich bisher mehr als 5.500 Europäer/innen beteiligt. Die Kommission hatte die Konsultation aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise ins Leben gerufen und möchte erfahren, wie sich die Bürger/innen die nahe und langfristige Zukunft Europas vorstellen. Bis zum 9. September besteht noch die Möglichkeit, den Online-Fragebogen auszufüllen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Bürgerbefragung über die Zukunft Europas](#)
- [Online-Fragebogen zur Bürgerkonsultation](#)

Weitere Nachrichten

Korrektur zur Mitteilung über Straßenverkehrssicherheit

In die Mitteilung „Kommission setzt sich für erhöhte Straßenverkehrssicherheit in Europa ein“ in den [AGF Europa News vom Juli 2012](#) hat sich ein Fehler eingeschlichen. Dort heißt es: „Jährlich sterben europaweit etwa 61 Mio. Menschen im Straßenverkehr.“ Richtig ist, dass pro Jahr etwa 31.000 Menschen in der EU im Straßenverkehr tödlich verunglücken.

Bevorstehende Veranstaltungen

- Declining Ageing and Regional Transformation (DART): Konferenz [“Demographic Change in Europe”](#) (3. September 2012, Potsdam)
- Working Group on the Quality of Childhood at the European Parliament: Arbeitsgruppensitzung [“500.000 Preterm Births in Europe each Year”](#) (4. September, Brüssel)
- Nobody’s Children Foundation, NASK und Klicksafe: Konferenz [“Keeping Children and Young People Safe Online”](#) (20. – 21. September, Warschau)
- European Economic and Social Committee (EESC): Konferenz [“Step up for a stronger Europe- Civil society: a full partner in the Europe 2020 strategy”](#) (25. September, Brüssel)
- Public Policy Exchange: Symposium [“Zero Tolerance on All Forms of Domestic Violence – Towards Comprehensive EU-Wide Actions”](#) (26. September, Brüssel)
- COFACE: Workshop [“Family friendly regions – towards smart and sustainable growth”](#) (9. Oktober, Brüssel)
- Netherlands Youth Institute (NYI) und die Universität Amsterdam: Europäische Konferenz [„Think Parents!“](#) (10. – 12. Oktober, Den Haag)
- International Foster Care Organization (IFCO): Konferenz [“It Takes a Village to Raise a Child – Developing Foster Care in Transforming Societies”](#) (21. – 24. Oktober 2012, Sofia)
- Eurochild: Jahreskonferenz 2012 [“Promoting the rights of children in alternative care across Europe”](#) (24. – 26. Oktober 2012, Sofia)
- Forum Europe: Konferenz [“The European Child Safety Online Conference 2012”](#) (15. November, Brüssel)
- UNESCO: Internationale Konferenz [“Millenia 2015, An Action Plan for Women’s Empowerment”](#) (3.– 4. Dezember 2012, Paris)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).